

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den Abnehmern 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 3 RM. 1928. In der Ausgabe vom 1. März 1928. Einzelnummern 10 Pf. Einzelnummern werden nach Möglichkeit abgegeben. Die Abnahme von 10 oder 20 Nummern zu jeder Zeit ist nach Vereinbarung möglich. — Abrechnung eingehender Geschäftsbriefe erfolgt nur, wenn diese befristet sind.



Wilsdruffer Tagesblatt Nr. 38. — 87. Jahrgang. Teleg.-Nr.: „Wilsblatt“. Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Dienstag, den 14. Februar 1928.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 38. — 87. Jahrgang Teleg.-Nr.: „Wilsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 14. Februar 1928

## Alle Kamellen.

Poincaré hat die alte, fröhliche Gewohnheit seiner Sonntagsreden doch noch nicht ganz aufgegeben; sucht er doch immer wieder nach einer Gelegenheit, das tausendmal ausgesprochene Märchen der deutschen Kriegsschuld immer wieder zu erzählen. Er ist überhaupt für das Märchen erzählig; eigenartig ist es, wie sich in diesem Kopfe die Vergangenheit malt. In Elsass-Lothringen rumort es unter der Oberfläche; dort will man sich doch nicht so unbedingt von Paris aus regieren lassen, wie es die französische Regierung wünscht. Man will die eigene Sprache bewahren, ist stolz auf seine alte Kultur und denkt an die vielen Versprechungen, die einst von Paris aus den „unerblichen Provinzen“ im Auge blick ihrer „Bestellung“ gemacht worden sind. Es kam aber alles ganz anders und so ist die elsässische Autonomiebewegung gerade im Hinblick auf den Charakter dieses Volkstammes durchaus verständlich. Sie ist keineswegs das Werk eines „kleinen Häufleins“, wie es Poincaré in seiner diesmahligen Sonntagsrede auf einem Bankett in Straßburg hinstellte, das ihm von elsässischen Bürgermeistern gegeben wurde. Es hat Wunderdinge erzählt, was alles der bevorstehende Prozeß gegen die Autonomisten aus Tageslicht bringen werde. Er hat gefabelt von intimen Beziehungen, die diese Autonomisten mit Fremden — lies: Deutschen — politischen Kreisen hätten, und verbat sich mit geschwollenem Pathos jede Einmischung Fremder in die innenfranzösischen Angelegenheiten. Zeht Hohn über jene Autonomisten, die es vorzogen, rasch über die Grenze zu gehen, als sich verhalten zu lassen, ist mehr als billig, denn gegen den Generalkaassanwalt in Mülhausen, der die Untersuchung zu leiten hat, werden derartig schwere Vorwürfe wie Affensüchtung und Aftendefilektion erhoben, daß das ganze Verfahren von vornherein sehr stark nach A. S. B. netzjustiz riecht. Poincaré wird also erst einmal abwarten müssen, ob jene Wunderdinge, von denen er sprach, nun auch wirklich bewiesen werden können.

Das Absonderliche seiner Ausführungen aber ist wohl die Behauptung, Frankreich habe nach 1871 sich bezüglich Elsass-Lothringen, nach dem verlorenen Elsass-Lothringen zu bilden. Als ob es in Paris nicht Statuen der verlorenen Städte Straßburg und Metz gegeben hätte, die alljährlich am 10. Mai, dem Tage des Friedensschlusses in Trauererwänder gehüllt wurden! Zu ihren Füßen wurden Kränze niedergelegt, vor ihnen wurde die französische Jugend gemahnt, niemals diesen Verlust zu vergessen. Höchstens ein Poincaré kann bestreiten, daß die Revancheidee, der Wunsch und der Versuch, die verlorenen Provinzen wiederzuerobern, Ziel und Leitstern der gesamten französischen Politik seit 1871 gewesen ist, obwohl Deutschland es wirklich nicht an Versuchen bei fehlen lassen, in ein besseres Verhältnis zu Frankreich zu kommen. Nächstmal erfolgte aber von Paris aus die Ablehnung unseres Entgegenkommens. Dies ist die historische Wahrheit, die die Welt kennt.

Poincaré hat dann im Anschluß an diese historischen Donquixoterien schnell auch noch den Deutschen die Schuld an der Bewegung im Elsass zugeschrieben, aber das war auch nur der Übergang zu dem, was die Absicht seiner Rede war. Eine Wahlrede war sie, denn am 22. April wird in Frankreich gewählt. Gewählt also auch in Elsass-Lothringen. Da gilt es insbesondere, die Gemüter einzubeizen. So ganz ohne Bedenken ist man in Paris denn doch nicht, daß sich bei dieser Gelegenheit herausstellen würde, die autonomistische Bewegung im Elsass sei doch nicht ganz so unbedeutend, wie man in Paris das immer behauptet und wie das auch Poincaré erklärt. Gerade deswegen hat man ja jetzt die Führer gefangen gesetzt oder zum Verlassen des Landes gezwungen. Der bevorstehende Prozeß soll ein überiges tun und man wird ihn schon so aufleben, wie die politischen Absichten es verlangen. Aber alles das kann nicht verhindern, daß es im Elsass unter der Oberfläche weiter gärt. Und daran ändert selbst die schönste Rede Poincarés nicht das geringste.

## „Nieder mit Poincaré!“

Wie Havas aus Straßburg berichtet, kam es bei der Abfahrt Poincarés zu einem Zwischenfall. Als Poincaré den Zug bestieg, rief der kommunistische Abgeordnete Hüber auf dem Bahnhofsplatz: „Nieder mit Poincaré!“ und einige seiner Freunde stimmten ein Pfiffkonzert an. Die Menge stürzte sich, so heißt es in der Havasmeldung weiter, auf sie und die Polizei hatte große Mühe sie zu schützen. Sie mußte sie von der Menge hart belächeln, bis in das Gebäude der kommunistischen Gewerkschaften geleitet. Ein Schmied und ein Eisenbahner wurden wegen Widerstandes verhaftet. Gegen Hüber und einen aus Metz stammenden Kommunisten wurde wegen Beleidigung des Ministerpräsidenten Strafantrag gestellt.

## Begnadigung von Schulz u. Gen.

Berlin. Durch einen Beschluß des preussischen Staatsministeriums sind die im Feuerprozeß zum Tode Verurteilten Schulz, Fuhrmann und Knapproth zu lebenslänglichen Zuchthaus an Stelle der Todesstrafe begnadigt worden. Für den Mitverurteilten Amhof ist die lebenslängliche Zuchthausstrafe in eine 15jährige verwandelt worden.

## Bevorstehende Aussperrung von 800000 Arbeitern

### Alle Räder stehen still.

Generalaussperrung in der Metallindustrie.

Wie von Arbeitgeberseite mitgeteilt wird, hat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller beschlossen, zur Unterstützung der bereits seit vier Wochen im Abwehrkampf befindlichen mitteldeutschen Metallindustrie die Generalaussperrung in der deutschen Metallindustrie ab 22. Februar vorzunehmen. Von dieser Maßnahme werden insgesamt 750 000 Arbeiter betroffen, so daß von diesem Zeitpunkt ab einschließlich der in Mitteldeutschland ausgesperrten Metallarbeiter 800 000 Arbeiter ausgesperrt sein würden.

Hierzu wird von Arbeitgeberseite erklärt, daß die mitteldeutsche Metallindustrie die Unterstützung der gesamten deutschen Metallindustrie in dem ihr auszuwählenden Abwehrkampf gefunden habe, weil die bisher rasch aufeinanderfolgenden Lohnerhöhungen unter keinen Umständen fortgesetzt werden könnten, wenn der gegenwärtige deutsche Preisstand gehalten werden sollte. Dies sei die unumgängliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des jetzigen Beschäftigungsgrades.

Von Arbeitgeberseite wird weiter erklärt, es sei zu fordern, daß das Schlichtungsverfahren nach einheitlichen wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolge. Es sei nicht anzunehmen, daß, wenn einmal für einen großen Bezirk ein Lohnsatz von 78 Pfennig für angemessen und dann für verbindlich erklärt wird, kurz darauf, wenn es sich um einen kleinen Bezirk handelt, die Verbindlichkeitsklärung des gleichen Lohnsatzes abgelehnt werde. Da die gesamte deutsche Metallindustrie der Ansicht sei, daß der gegenwärtig noch bestehende

### Beschäftigungsgrad durch Preiserhöhungen nur verfestigert

werde und insbesondere die mühsam erworbene Stellung auf dem Weltmarkt gefährdet sei, habe sie den von der mitteldeutschen Metallindustrie geführten Abwehrkampf gegen ungerechtfertigte Lohnforderungen seiner grundsätzlichen Bedeutung wegen zu ihrem eigenen gemacht.

Der Zustand, daß jeder Tarifablauf die Gewerkschaften zu einer Lohnforderung veranlasse, sei volkswirtschaftlich untragbar, da er zu dauernder Unruhe in der Wirtschaft und, falls den Forderungen immer wieder nachgegeben werde, durch die aufeinanderfolgenden Lohn- und Preiserhöhungen auf die Dauer zu einer Schraube ohne Ende

und damit zu einer vollkommenen Unterbindung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt führen müsse. Daraus ergebe sich, daß die Auseinandersetzung in Mitteldeutschland richtunggebend für die Lohnpolitik der deutschen Industrie werden müsse.

Generaldirektor Hillmann von den Krupp-Gruson-Werken in Magdeburg begründete in einer Pressebesprechung die Stellungnahme der Metallindustrie auch damit, daß die Gewerkschaften in Mitteldeutschland die Verhandlungen plötzlich abgebrochen haben, obwohl eine Verständigung noch hätte erzielt werden können. Zur Erklärung der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber verweist Generaldirektor Hillmann ferner auf die stark gesunkene Rentabilität der Metallindustrie. Bei 110 Maschinenfabriken z. B. sei der Reingewinn von 12 Prozent vor dem Kriege auf 1,4 Prozent im Jahre 1925/26 zurückgegangen. Etwa drei Viertel aller Maschinenfabriken zahlen keine Dividende mehr, und viele weltbekannte Werke arbeiten seit Jahren mit großem Verlust.

## Abwartende Haltung des Reichsarbeitsministeriums.

Das Reichsarbeitsministerium will zunächst abwarten. Bis zu dem entscheidenden Termin sind es noch zehn Tage, und es ist zu hoffen, daß das Ministerium rechtzeitig energisch auf eine Einigung zwischen den Parteien drängt, damit nicht ein für die ganze deutsche Wirtschaft unheilvoller Arbeitskampf herausgebrochen werde. Es würde sich hier um den größten Lohnkampf in der deutschen Geschichte handeln.

## Nach die Reichstagsneuwahl?

lo Berlin, 13. Februar.

Die Ruhepause des Sonntags, die verschiedenen Parteien und Fraktionsberatungen der letzten Tage, selbst der Hindenburg-Vorfall an Watz — alle diese Momente haben keine Erleichterung bei der schweren Krisenstimmung im innenpolitischen Leben gebracht. Im Gegenteil, ganz unvorhergesehen wurde heute von dem unmittelbar bevorstehenden und formellen Auseinanderfallen der Regierungskoalition und der damit verbundenen Auflösung des Reichstages gesprochen.

Die Stellungnahme zum Hindenburg-Vorfall, der an die wichtigsten, dem Reichstag noch obliegenden Arbeiten erinnerte, hat die Parteien wohl in Bewegung gebracht, aber keinerlei Klärung über das Grundproblem — die abweichenden Anschauungen in der Schlußfrage — angebahnt. Die deutschnationale Volkspartei betont, daß nach ihrer Auffassung die Wahlung des Reichspräsidenten an die Parteien in erster Linie dahin gehe, sich über das Schulgesetz zu einigen. Nur dadurch würde auch eine wirkliche Voraussetzung für die Erledigung der anderen Aufgaben geschaffen werden. Sie läßt es als erste Aufgabe an, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, die einer Einigung über das Schulgesetz entgegenstehen. Also von einer Vertagung dieses Kernpunktes wollen die deutschnationalen wenig wissen. Dagegen berührt die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei diese Materie in ihrer Entschiedenheit kaum, ist anscheinend mit einem Zurückstellen einverstanden und sagt nur, eine vorzeitige Auflösung des Reichstages sei unzulässig wegen der anderen dringend nach Erledigung stehenden Aufgaben. Die erste Sitzung des interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien führte auch nicht weiter. Das Zentrum soll vielmehr der Deutschen Volkspartei nahelegen haben, ihre Minister aus der Regierung zurückzuziehen. Beim Zentrum wie bei der bayerischen Volkspartei vertrete man die Auffassung, daß sich die Deutsche Volkspartei durch ihre Haltung zum Schulgesetz außerhalb der Richtlinien der Regierungserklärung vom 3. Februar d. J. und damit außerhalb der Regierungsmehrheit gestellt habe.

Dazu erklärt die Deutsche Volkspartei wieder, die Behauptung, die Haltung der Deutschen Volkspartei in der Frage des Schulgesetzes bedeute einen Bruch der vereinbarten Richtlinien, sei völlig willkürlich und finde weder in dem Wortlaut noch im Sinne der vereinbarten Richtlinien die geringste Stütze. Wer etwas anderes sage, setze damit nur, daß er den Bruch der Koalition wolle. Im übrigen hätten die volksparteilichen Vertreter im interfraktionellen Ausschuss bereits erwidert, daß sie über die Zurückziehung ihrer Minister fest zu befinden haben. Inzwischen hat der Reichstagsausschuß der Deutschen Volkspartei es am Sonntag richtig erklärt, wenn die Partei die Verfrächtung der Volksschule zu verhindern suche, und die Haltung der

Reichstagsfraktion ausdrücklich gebilligt und ihr keinen Raum ausgesprochen. Vom Zentrum hört man, die Veranlasser des Vorstoßes gegen die Volkspartei, Herr von Suhrard, beharre trotzdem bei seiner Meinung und werde dabei von seiner Fraktion gedeckt. Inzwischen bemerkt die deutschnationale Volkspartei zu dem Schlußergebnis der Tagung des volksparteilichen Schulausschusses, man könne die dort gemachten Ausführungen ruhig als Grundlage für das Reichsschulgesetz betrachten. Es dürfte wenig Wert haben, noch weiter zu verhandeln.

Also ausgesprochener Kampfwillie auf der ganzen oder vielmehr in der ganzen Linie der bisherigen Regierungsparteien. Ob da wohl viel Hoffnung vorhanden ist, aus der für heute abend anberaumten zweiten Sitzung des interfraktionellen Ausschusses, der über die Vermittlungsvorschläge des Reichsinnenministers von Neudell beraten soll, könne eine Einigung hervorgehen, erscheint recht fraglich. Kommt sie nicht zustande, dann dürften die Parteien kaum noch länger zögern können, die so oft angebrochenen Forderungen zu geben. Im Zentrum soll die Meinung dahin gehen, daß der Verabschiedung des Etats kein Hindernis in den Weg gesetzt werden soll, wenn die anderen Koalitionsparteien sich vorher darauf verpflichten, dem Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages unmittelbar nach der Verabschiedung des Etats zu empfehlen. In der Reichspresse werden Pläne erörtert über Einsetzung einer vorläufigen Geschäftsregierung, einer Beamteneinregierung.

Aber beides würde wohl nur eine kurze Schonfrist bedeuten, der in einiger Zeit fast mit Naturnotwendigkeit die Auflösung folgen müßte. Dann hätten wir Neuwahlen im Spätherbst oder im Frühommer.

## Die interfraktionellen Besprechungen.

Berlin, 13. Februar. Die interfraktionelle Besprechung der Regierungsparteien des Reichstages am Montag nachmittag hat sich fast ausschließlich um die Schulfrage gedreht. Eine Verständigung wurde nicht erzielt. Eine solche ist nach Ansicht in Zentrumskreisen auch nicht für die Dienstagverhandlungen der Regierungsparteien zu erwarten, in denen unter allen Umständen eine Einigung herbeigeführt werden sollte. Die Regierungskoalition ist damit als erledigt zu betrachten. Der Reichstag soll aber unter allen Umständen versuchen, den Hauptetat und den Nachtragset, der die sozialen Hilfsmaßnahmen für die Kleinstrentner und für die Landwirtschaft umfaßt, noch zu verabschieden. Eine Erledigung der Staatsrechtsreform erscheint von vornherein unmöglich. Ob das Liquidationsgesetzbuch noch zur Verabschiedung gelangen kann, wird davon abhängen, ob sich die Regierungsparteien in kürzester Zeit darüber verständigen können oder nicht. In parlamentarischen Kreisen des Zentrums glaubt man,